

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 99 — 292 (98 — 2628)

[98/33105]

**2. JULI 1998 — Dekret zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen
zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
unterzeichnet in Eupen am 12. April 1995 — Erratum**

Nachfolgendes Abkommen wird dem Dekret zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, unterzeichnet in Eupen am 12. April 1995, veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 2. Oktober 1998, Seite 32518, beigelegt.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Französische Gemeinschaft, vertreten durch Frau Laurette Onkelinx, Minister-Präsidentin der Regierung der Französischen Gemeinschaft, beauftragt mit dem Öffentlichen Dienst, der Kindheit und der Gesundheitsförderung,
und

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch Herrn Joseph Maraite, Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

Aufgrund der Artikel 127, 128 und 130 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes über institutionelle Reformen vom 8. August 1980, insbesondere Artikel 92*bis* § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 8. August 1988 und das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 55 § 3 und Artikel 55*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

In der Erwägung, daß die freundschaftlichen Bande zwischen den beiden Gemeinschaften in einem förmlichen Zusammenarbeitsabkommen, das die offiziellen Beziehungen zwischen den Institutionen beider Parteien regelt, ihren Ausdruck finden müssen;

In der Erwägung, daß ein solches Abkommen zur Intensivierung der Beziehungen im gegenseitigen Respekt beiträgt und der Bevölkerung sowie den Institutionen der beiden Gemeinschaften nützlich ist;

In der Erwägung, daß ein Zusammenarbeitsabkommen vom 21. Juni 1984 zwischen den beiden Gemeinschaften besteht und daß es unerlässlich ist, dieses durch einen neuen Text zu ersetzen, der den letzten institutionellen Reformen Rechnung trägt;

Bestrebt, ihre Beziehungen im Respekt der föderalen Loyalität harmonisch zu regeln,
haben folgendes vereinbart:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Das vorliegende Abkommen betrifft alle Angelegenheiten, die den jeweiligen Befugnissen der beiden Gemeinschaften gemein sind.

Art. 2 - Die Regierungen der beiden Gemeinschaften verpflichten sich, die Zusammenarbeit in all ihren Formen zu fördern, unter anderem durch ihre Verwaltungsdienste und Einrichtungen öffentlichen Interesses.

Sie begünstigen die Kontakte und die gemeinsamen Initiativen zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen der beiden Gemeinschaften.

Art. 3 - Über ihre Verwaltungen organisieren die Regierungen einen Informations- und Dokumentationsaustausch auf Anfrage einer Vertragspartei.

Art. 4 - Im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten die Verwaltungen gegenseitige Hilfestellung auf Anfrage einer Vertragspartei.

Leitende Beamte oder spezialisierte Bedienstete und Sachverständige einer Vertragspartei können durch die andere Vertragspartei eingeladen und konsultiert werden.

Art. 5 - Unter Berücksichtigung der Entscheidungen bezüglich Planung und Reservierung der empfangenden Vertragspartei hat jede Gemeinschaft Zugang zu den Einrichtungen und Aktivitäten der anderen Vertragspartei.

Art. 6 - Die beiden Gemeinschaften begünstigen die Kontakte und den Austausch zwischen den Konsultativorganen beider Vertragsparteien.

Art. 7 - Die beiden Gemeinschaften begünstigen die gegenseitigen Kenntnisse ihrer Sprache und ihrer Kultur.

Art. 8 - Jede Gemeinschaft kann den Schülern, Studenten, Lehrpersonen und Forschern der anderen Gemeinschaft Stipendien und Praktika anbieten.

KAPITEL II — Besondere Abkommen

Art. 9 - Zwischen den befugten Instanzen beider Vertragsparteien werden sektorielle Abkommen geschlossen, um die Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Angelegenheiten zu regeln:

- Unterrichtswesen;
- Jugendhilfe;

- Kindheit;
- Gesundheitsförderung;
- Kultur, audiovisuelle Medien und Sport;
- Verwaltung des Zentrums "Worriken".

KAPITEL III — *Der Ausschuß für Zusammenarbeit und die Koordinierung der Durchführung*

Art. 10 - Außer den Befugnissen, die ihm durch Artikel 55 § 3 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft erteilt werden, wacht der durch Artikel 55 § 3 des vorerwähnten Gesetzes geschaffene Ausschuß für Zusammenarbeit über die Durchführung des vorliegenden Abkommens und koordiniert die Aktivitäten. Der Ausschuß erstattet den betroffenen Ministern beider Regierungen regelmäßig Bericht.

Der Ausschuß für Zusammenarbeit versammelt sich wenigstens zweimal im Jahr, abwechselnd in der einen oder der anderen Gemeinschaft. Der Ausschuß erstellt seine Geschäftsordnung, die den Präsidenten der Regierungen zur Billigung vorgelegt wird.

Art. 11 - Jede Regierung bestimmt unter ihren Vertretern beim Ausschuß für Zusammenarbeit einen Delegierten, der mit der ständigen Koordinierung der Aktivitäten beauftragt wird.

Art. 12 - Die Minister-Präsidenten der beiden Regierungen versammeln sich wenigstens einmal im Jahr. Sie beschließen über den Jahresbericht des Ausschusses für Zusammenarbeit und das Zusammenarbeitsprogramm für das folgende Jahr und legen sie ihrer jeweiligen Regierung zur Billigung vor.

Art. 13 - Die Regierungen erstatten jedes Jahr ihrem jeweiligen Rat Bericht über den Stand der Zusammenarbeit.

KAPITEL IV — *Finanzielle Bestimmungen*

Art. 14 - Die Teilnahme an Veranstaltungen und Begegnungen, die von einer Gemeinschaft organisiert werden, kann von einem Eintrittsgeld abhängig gemacht werden, dessen Betrag nicht höher liegen darf, als der von den Teilnehmern der veranstaltenden Gemeinschaft verlangte Betrag.

Art. 15 - Jede Gemeinschaft wird in ihrem jährlichen Ausgabenhaushalt einen Kredit eintragen, der dazu bestimmt ist, zur Finanzierung der in vorliegendem Abkommen vorgesehenen Aktivitäten beizutragen.

KAPITEL V — *Schlußbestimmungen*

Art. 16 - Das Abkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. Juni 1984 ist aufgehoben.

Art. 17 - Vorliegendes Abkommen wird in zwei Originalfassungen geschlossen, eine französisch, die andere deutsch.

Art. 18 - Das vorliegende Abkommen tritt nach der Billigung durch beide Gemeinschaftsräte in Kraft, am Tage der Veröffentlichung des letzten der beiden Billigungsdekrete im *Belgischen Staatsblatt*.

Eupen, den 12. April 1995

Für die Regierung der Französischen Gemeinschaft:

Frau L. ONKELINX

Minister-Präsidentin der Regierung der Französischen Gemeinschaft,
beauftragt mit dem Öffentlichen Dienst, der Kindheit und der Gesundheitsförderung

M. LEBRUN

Minister für das Hochschulwesen, die wissenschaftliche Forschung und die internationalen Beziehungen

Ph. MAHOUX

Minister für Erziehung und audiovisuelle Angelegenheiten

E. TOMAS

Minister für den Haushalt, die Kultur und den Sport

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

J. MARAITE

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Finanzen, Volksgesundheit,
Familie und Senioren, Sport, Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend, und wissenschaftliche Forschung

K.-H. LAMBERTZ

Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 99 — 292 (98 — 2628)

[98/33105]

2 JUILLET 1998. — Décret portant assentiment à l'accord de coopération entre la Communauté française et la Communauté germanophone, signé à Eupen le 12 avril 1995. — Erratum

Le suivant accord sera annexé au décret portant assentiment à l'accord de coopération entre la Communauté française et la Communauté germanophone, signé à Eupen le 12 avril 1995, publié au *Moniteur belge* du 2 octobre 1998 page 32518.

Accord de Coopération entre la Communauté française et la Communauté germanophone

La Communauté française, représentée par Mme Laurette Onkelinx, Ministre-Présidente du Gouvernement de la Communauté française, chargée de la Fonction publique, de l'Enfance et de la Promotion de la Santé

et

La Communauté germanophone, représentée par M. Joseph Maraite, Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Finances, de la Santé, de la Famille et des Séniors, du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites

Vu les articles 127, 128 et 130 de la Constitution;

Vu la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, notamment l'article 92bis, § 1er, modifié par la loi du 8 août 1988 et la loi du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 55, § 3 et l'article 55bis inséré par la loi du 18 juillet 1990;

Considérant que les relations amicales entre les deux Communautés doivent trouver une expression dans un accord formel de coopération qui règle les rapports officiels entre les institutions de deux parties;

Considérant qu'un tel accord contribue à l'intensification des rapports dans le respect mutuel et profite à la population et aux institutions des deux Communautés;

Considérant qu'il existe un accord de coopération entre les deux Communautés datant du 21 juin 1984 et qu'il s'impose de le remplacer par un texte nouveau, qui tient compte des dernières réformes institutionnelles;

Soucieux de régler harmonieusement leurs rapports dans le respect de la loyauté fédérale,

Ont conclu ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Le présent accord porte sur toutes les matières qui relèvent communément des compétences respectives des deux Communautés.

Art. 2. Les Gouvernements des deux Communautés s'engagent à encourager la coopération sous toutes ses formes, entre autre par le biais de leurs services administratifs et organismes d'intérêt public.

Ils favorisent les contacts et les initiatives communes entre institutions privées et publiques des deux Communautés.

Art. 3. Par l'intermédiaire de leurs administrations, les Gouvernements organisent un échange d'informations et de documentation sur demande d'une partie.

Art. 4. Dans les limites de leurs possibilités, les administrateurs se prêtent assistance mutuelle, sur demande d'une partie.

Des fonctionnaires dirigeants ou agents spécialisés et des experts d'une partie peuvent être invités et consultés par l'autre partie.

Art. 5. Chaque Communauté aura accès aux institutions et activités de l'autre partie dans le respect des décisions de planning et de réservation de la Communauté d'accueil.

Art. 6. Les deux Communautés favorisent les contacts et les échanges entre les organes consultatifs des deux parties.

Art. 7. Les deux Communautés favorisent la connaissance réciproque de leur culture et de leur langue.

Art. 8. Chaque Communauté peut proposer aux élèves, étudiants, enseignants et chercheurs de l'autre Communauté des bourses d'études et des stages.

CHAPITRE II. — Accords particuliers

Art. 9. Des accords seront conclus entre les instances compétentes des deux parties pour régler la coopération notamment dans les matières suivantes :

— enseignement,

— aide à la jeunesse,

- enfance,
- promotion de la santé,
- culture, audiovisuel et sports,
- gestion du centre "Worriken".

CHAPITRE III. — *Commission de coopération et coordination de l'application*

Art. 10. Outre les compétences qui lui sont attribuées par l'article 55, § 3 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, la commission de coopération créée par l'article 55, § 3 de la loi précitée veille à l'application du présent accord et coordonne les activités. La commission fait régulièrement rapport aux ministres concernés des deux Gouvernements.

Art. 11. Chaque Gouvernement désigne parmi ses représentants à la commission de coopération un délégué, qui est chargé de la coordination permanente des activités.

Art. 12. Les Ministres-Présidents des deux Gouvernements se réunissent une fois par an au moins. Ils arrêtent le rapport annuel de la Commission de coopération et le programme de coopération de l'année suivante et les soumettent pour approbation à leur Gouvernement respectif.

Art. 13. Chaque année, les Gouvernements font à leur Conseil respectif rapport de l'état de la coopération.

CHAPITRE IV. — *Dispositions pécuniaires*

Art. 14. La participation aux manifestations et rencontres organisées par une Communauté peut être subordonnée au paiement d'un droit d'accès dont le montant ne peut être supérieur à celui demandé aux participants de la Communauté organisatrice.

Art. 15. Chaque Communauté inscrira à son budget annuel des dépenses un crédit destiné à contribuer au financement des activités prévues au présent accord.

CHAPITRE V. — *Dispositions finales*

Art. 16. La convention entre la Communauté française et la Communauté germanophone du 21 juin 1984 est abrogée.

Art. 17. Le présent accord est conclu en deux versions originales, l'une française, l'autre allemande.

Art. 18. Le présent accord entre en vigueur après l'approbation par les deux Conseils de Communauté au jour de la publication du dernier des deux décrets d'approbation au *Moniteur belge*.

Eupen, le 12 avril 1995.

Mme L. ONKELINX,
Ministre-Présidente du Gouvernement de la Communauté française,
chargée de la Fonction publique, de l'Enfance et de la Promotion de la Santé

M. LEBRUN,
Ministre de l'Enseignement supérieur, de la Recherche scientifique,
de l'Aide à la Jeunesse et des Relations internationales

Ph. MAHOX,
Ministre de l'Education et de l'Audiovisuel

E. TOMAS,
Ministre du Budget, de la Culture et des Sports

J. MARAITE,
Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Finances, de la Santé,
de la Famille et des Séniors, du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites

B. GENTGES,
Ministre de l'Enseignement, de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique

K.-H. LAMBERTZ,
Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés,
de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 99 — 292 (98 — 2628)

[98/33105]

2 JULI 1998. — Decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap, getekend te Eupen op 12 april 1995. — Erratum

Volgend akkoord wordt bijgevoegd bij het decreet houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap, getekend te Eupen op 12 april 1995, gepubliceerd in het *Belgisch Staatsblad* op 2 oktober 1998, bladzijde 32518.

Samenwerkingsakkoord tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap

De Franse Gemeenschap, vertegenwoordigd door Mevr. Laurette Onkelinx, Minister-Voorzitster van de Regering van de Franse Gemeenschap, belast met de Ambtenarenzaken, het Kinderwelzijn en de Gezondheids promotie,

en

de Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door de heer Joseph Maraite, Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme, Internationale Betrekkingen en van Monumenten en Landschappen,

Gelet op de artikelen 127, 128 en 130 van de Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, inzonderheid op artikel 92bis, § 1, gewijzigd bij de wet van 8 augustus 1988 en de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op de artikelen 55, § 3 en 55bis, ingevoegd bij de wet van 18 juli 1990;

Overwegende dat het aangewezen is de vriendschappelijke relaties tussen beide gemeenschappen in een formeel samenwerkingsakkoord uit te drukken dat de officiële betrekkingen tussen de instellingen van beide partijen regelt;

Overwegende dat zo'n akkoord in het kader van een wederzijds respect tot de bestendinging van de betrekkingen bijdraagt en voordelig is voor de bevolking en de instellingen van beide gemeenschappen;

Overwegende dat een samenwerkingsakkoord reeds op 21 juni 1984 gesloten werd tussen beide gemeenschappen en dat het door een nieuwe tekst moet worden vervangen dat rekening houdt met de jongste institutionele hervormingen;

Bedacht op een harmonieuze regeling van hun betrekkingen met inachtneming van de federale loyauteit;

zijn als volgt overeengekomen :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Dit akkoord betreft alle aangelegenheden die gewoonlijk tot de respectievelijke bevoegdheden van beide gemeenschappen behoren.

Art. 2. De Regeringen van beide gemeenschappen verplichten er zich toe de samenwerking in al haar aspecten te bemoedigen, onder andere via hun administratieve diensten en organismen van openbaar nut.

Zij bevorderen de contacten en de gemeenschappelijke initiatieven tussen privé- en openbare instellingen van beide gemeenschappen.

Art. 3. Op verzoek van één der partijen organiseren de Regeringen een uitwisseling van inlichtingen en documentatie door bemiddeling van hun administraties.

Art. 4. Op verzoek van één der partijen zullen de administraties elkaar bijstand verlenen binnen hun mogelijkheden.

Leidende of gespecialiseerde ambtenaren en deskundigen van één der partijen kunnen door de andere partij uitgenodigd of om advies gevraagd worden.

Art. 5. Elke gemeenschap heeft toegang tot de instellingen en activiteiten van de andere partij met inachtneming van de beslissingen inzake planing en boeking door de opvangende Gemeenschap.

Art. 6. Beide gemeenschappen bevorderen de contacten en de uitwisselingen tussen de adviesorganen van beide partijen.

Art. 7. Beide gemeenschappen bevorderen de wederzijdse kennis van hun cultuur en van hun taal.

Art. 8. Elke gemeenschap kan de leerlingen, studenten, leerkrachten en vorsers van de andere gemeenschap studiebeurzen en stagemogelijkheden aanbieden.

HOOFDSTUK II. — Bijzondere akkoorden

Art. 9. Sectoriële akkoorden zullen tussen de bevoegde instanties van beide partijen gesloten worden om de samenwerking o.a. voor volgende aangelegenheden te regelen :

— onderwijs,

— hulp aan de jeugd,

- kindervelzijn,
- gezondheidspromotie,
- cultuur, audiovisuele media en sport,
- beheer van het centrum "Worriken".

HOOFDSTUK III. — *Commissie voor samenwerking en coördinatie bij de toepassing*

Art. 10. Naast de bevoegdheden die haar bij artikel 55, § 3 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, zorgt de bij artikel 55, § 3 van de voorgenoemde wet opgerichte Commissie voor samenwerking voor de toepassing van dit akkoord en coördineert de activiteiten. De Commissie laat ook regelmatig een verslag aan de betrokken ministers van beide Regeringen toekomen.

De Commissie voor samenwerking komt ten minste twee keer per jaar bijeen, afwisselend in de ene en in de andere gemeenschap. De Commissie stelt haar huishoudelijk reglement op, dat de presidenten van de Regeringen ter goedkeuring voorgelegd wordt.

Art. 11. Onder haar vertegenwoordigers bij de Commissie voor samenwerking wijst elke Regering een afgevaardigde aan die met de voortdurende coördinatie van de activiteiten belast is.

Art. 12. De Minister-Presidenten van beide Regeringen ontmoeten elkaar ten minste één keer per jaar. Zij stellen het jaarverslag van de Commissie voor samenwerking op, bereiden het samenwerkingsprogramma m.b.t. het volgende jaar voor en onderwerpen deze aan de goedkeuring van hun Regering.

Art. 13. Elk jaar brengen de Regeringen verslag uit aan hun Raad over de samenwerking.

HOOFDSTUK IV. — *Financiële bepalingen*

Art. 14. De deelname aan manifestaties en ontmoetingen die door één gemeenschap georganiseerd worden, kan onderworpen zijn aan de betaling van een toegangsrecht waarvan het bedrag niet hoger mag zijn dat hetgeen gevraagd aan de deelnemers van de organiserende gemeenschap.

Art. 15. Elke gemeenschap schrijft in haar jaarlijkse uitgavenbegroting een begrotingskrediet in voor de financiering van de bij dit akkoord bedoelde activiteiten.

HOOFDSTUK V. — *Slotbepalingen*

Art. 16. De overeenkomst gesloten op 21 juni 1984 tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap is opgeheven.

Art. 17. Dit akkoord wordt opgemaakt in twee originelen, één in het Frans, één in het Duits.

Art. 18. Dit akkoord treedt in werking, na goedkeuring door beide Gemeenschapsraden, op de dag waar het laatste van de twee decreten van goedkeuring in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt is.

Eupen, 12 april 1995.

Mevr. L. ONKELINX,

Minister-Voorzitter van de Regering van de Franse Gemeenschap,
belast met de Ambtenarenzaken, het Kinderwelzijn en Gezondheidspromotie

M. LEBRUN,

Minister van Hoger Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek,
Hulpverlening aan de Jeugd en Internationale Betrekkingen

Ph. MAHOUX,

Minister van Onderwijs en Audiovisuele Media

E. TOMAS,

Minister van Begroting, Cultuur en Sport

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Gezondheid, Gezin en Bejaarden,
Sport, Toerisme, Internationale Betrekkingen en van Monumenten en Landschappen

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing